

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenografischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

18. WP - 11. Sitzung

am Mittwoch, dem 27. Februar 2013, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Volker Dornquast (CDU)

Astrid Damerow (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Birte Pauls (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angelika Beer (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Stellv. Vorsitzender

i. V. von Peter Lehnert

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Gespräch mit Herrn Döring (Europa-Union) und Herrn Müller (Europaschulverein) über Planungen zur Europawoche	4
2. Bericht der Landesregierung über die Beschlüsse des EU-Finanzgipfels vom 7. Februar 2013 (Sondergipfel zum EU-Haushalt 2014-2020) und Auswirkungen auf Schleswig-Holstein	8
Antrag des Abg. Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 18/844	
3. Auswertung des Gesprächs mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments	10
4. a) Trinkwasser darf nicht zum Spekulationsobjekt werden - Wasserversorgung in öffentlicher Hand sichern!	11
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/492	
b) Liberalisierung und Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung verhindern!	
Antrag der Fraktion PIRATEN Drucksache 18/509	
5. Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2013	12
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/478	
6. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität	13
Vorlage folgt	
7. Bundesratsangelegenheiten	14
Umdruck 18/832	
8. Verschiedenes	15

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Dr. Klug, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt der Ausschuss überein, den Bericht der Landesregierung „Schleswig-Holstein in Europa - europapolitische Schwerpunkt 2012 - Europabericht 2012“, [Drucksache 18/360](#), von der Tagesordnung abzusetzen. Die geänderte Tagesordnung wird gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Gespräch mit Herrn Döring (Europa-Union) und Herrn Müller (Europaschulverein) über Planungen zur Europawoche

Einführend unterstreicht Herr Döring, der Vorsitzende der Europa-Union Schleswig-Holstein, dass er sich über die gute Zusammenarbeit zwischen Europa-Union und Landtag sehr freue. Im Hinblick auf die Planungen zur Europawoche führt er aus, dass für den 6. Mai 2013 eine gemeinsame Veranstaltung mit den Jungen Europäischen Föderalisten an der CAU gemeinsam mit dem Institut für Weltwirtschaft geplant sei. Im Fokus dieser Veranstaltung solle das Thema Jugendarbeitslosigkeit stehen. Am 7. Mai 2013 sei eine Veranstaltung gemeinsam mit dem ECMI und der Minderheitenbeauftragten, Frau Schnack, geplant. Diese Veranstaltung diene auch der Vorbereitung des sich im kommenden Jahr jährenden 150. Jahrestages der Schlacht von Düppel, anlässlich dessen ein Kongress stattfinden solle. Man erhoffe sich von diesen Veranstaltungen auch eine Vorbildfunktion für andere Minderheiten und den Umgang mit ihnen in anderen europäischen Ländern.

Abg. Damerow äußert den Wunsch, im Europaausschuss eine Liste der geplanten Veranstaltungen der Europa-Union zur Verfügung zu stellen.

Herr Müller vom Europaschulverein stellt einen möglichen Entwurf einer Veranstaltung anlässlich der Europawoche vor. Er unterstreicht, dass viele Schulen daran interessiert seien, dass Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtags Vorträge beziehungsweise Diskussionen zu aktuellen Themen Schleswig-Holsteins und Europas an den Schulen bestritten. Er bietet an, entsprechende Kontakte herzustellen.

Im Hinblick auf eine Veranstaltung sei es möglich, ein Planspiel oder eine Zukunftswerkstatt durchzuführen, bei der Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit hätten, sich inhaltlich mit dem Thema auseinanderzusetzen und zum Beispiel für die Europawahl 2014 eine Wahlkampagne zu entwickeln. Kostenmäßig bewege sich die angedachte Veranstaltung bei circa 1.500

bis 1.600 € für die Moderation, hinzu kämen Kosten für die Verpflegung. Man werde sich um externe Sponsoren bemühen. - Herr Döring unterstützt die Idee und biete ideelle Unterstützung an.

Frau Menze, die Geschäftsführerin der Europa-Union, ergänzt zu den Ausführungen von Herrn Döring, dass die Erfahrungen gezeigt hätten, dass die Dinge, die sich Schülerinnen und Schüler selbst erarbeiten müssten, in der Regel länger haften blieben. Aus diesem Grund bemühe man sich, bei Veranstaltungen zunächst Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, sich selbst Themen zu erarbeiten und erst im späteren Verlauf einer Veranstaltung in Kontakt mit Politikern zu treten. Vorteil dieses Formats sei unter anderem, dass die Schüler die anstehenden Themen mit mehr Selbstbewusstsein diskutieren würden.

Auf eine Nachfrage des stellvertretenden Vorsitzenden Abg. Dr. Klug unterstreicht Herr Döring, dass die Resonanz der Schulen auf derartige Idee immer auch sehr vom Bewerben der einzelnen Veranstaltungen abhängen.

Abg. Poersch begrüßt die Idee, ein Planspiel durchzuführen. Sie unterstreicht gleichzeitig, dass zuvor noch einige Fragen zu klären seien. Unter anderem interessiert sie, wie man im Ausschuss Auftritte von Politikern so kurz vor der Kommunalwahl bewerte.

Abg. Weber problematisiert ebenfalls die zeitliche Nähe zur Kommunalwahl. Ein ebenfalls interessantes inhaltliches Thema für eine Veranstaltung sei aus seiner Sicht der Populismus in Europa, der eine große Herausforderung darstelle.

Abg. Beer hebt hervor, dass es terminlich ungünstig sei, an einem Tag Veranstaltungen durchzuführen, an dem auch Fraktionssitzungen stattfänden. Zudem plädiert sie dafür, bei einer etwaigen Teilnahme darauf zu achten, dass eine politische Mischung entstehe, um Zweideutigkeiten im Hinblick auf eine parteipolitische Färbung zu vermeiden.

Abg. Wiegard thematisiert als mögliches Thema Aspekte der Schuldenkrise und die Probleme, die dadurch entstünden, dass das Subsidiaritätsprinzip nicht eingehalten werde.

Herr Müller unterstreicht, dass das bisher vorgelegte Konzept flexibel genug sei, um weitere Themen zu berücksichtigen. Terminlich stehe man allerdings vor Problemen, wenn der 6. Mai 2013 nicht infrage komme.

Abg. Damerow hebt hervor, dass ihrer Ansicht nach eine wichtige Rolle das Thema spiele, was Europa für die einzelnen Bürger bringe. Dies könne ihrer Ansicht nach auch im Rahmen

eines Wahlkampf-Planspiels thematisiert werden. Wichtig sei, die Gelegenheiten zu nutzen, die sich böten, um herauszustellen, wo der Vorteil Europas für die Bürgerinnen und Bürger liege.

Zu den Kooperationsmöglichkeiten zwischen Ausschuss und Europa-Union unterstreicht Herr Döring, dass die Europa-Union die älteste Lobbyorganisation für Europa sei. Deshalb sei man sich der Tatsache bewusst, wie leicht es sei, Populismus und Stimmung gegen Europa zu machen. Umso wichtiger sei es, gute Argumente für Europa zu finden. Vor diesem Hintergrund finde auch die Veranstaltung zur Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa statt, die dort ein immenses Problem sei. Die Kooperation mit dem Europaausschuss finde unter anderem durch die Botschaftergespräche statt, das nächste Botschaftergespräch mit dem Botschafter der Republik Irland sei für den 11. Juni 2013 geplant und finde im Landeshaus statt. Man plane jedoch für die zweite Jahreshälfte bereits ein Gespräch mit dem litauischen Botschafter. Es sei zudem eine Kooperation mit dem Kieler Literaturhaus geplant. Im Hinblick auf eine weitere Kooperationsmöglichkeit mit dem Europaausschuss führt Herr Döring aus, dass er sich diese im Hinblick auf eine Veranstaltung zur EU-Ostseestrategie und der Einbindung Russlands in der zweiten Jahreshälfte wünsche.

Eine Zusammenarbeit mit dem Europaausschuss oder dem Schleswig-Holsteinischen Landtag insgesamt sei - so führt Herr Döring weiter aus - vor allem dann von Vorteil, wenn es darum gehe, hochkarätige Redner einzuladen. Eine weitere geplante Veranstaltung neben weiteren sei der für den 9. und 10. November 2013 geplante Kongress der Europa-Unionen in Kiel. In diesem Zusammenhang stehe die Frage im Raum, inwieweit sich der Landtag dabei einbringen wolle. Teil des Kongresses werde ein Empfang sein, zu dem auch die Europaabgeordneten eingeladen seien. Begrüßenswert sei, wenn das Land Schleswig-Holstein sich zu dieser Gelegenheit mit seinen Besonderheiten präsentieren könne.

Herr Döring informiert darüber, dass das Auswärtige Amt und die zuständigen Fachministerien regelmäßig nach wichtigen Konferenzen in Brüssel ein Briefing durchführten, zu dem Journalisten aus der Hauptstadt eingeladen seien. Dies diene der frühzeitigen Information, zum Beispiel auch im Hinblick auf Subsidiarität. Möglich sei, dieses Briefing als Livestream nach Schleswig-Holstein zu übertragen, und somit denjenigen, die daran interessiert seien, die Möglichkeit zu geben, dies zu verfolgen. Dieses Angebot könne er machen, weil es sich bei dem Briefing um eine öffentliche Veranstaltung handele.

Abg. Beer begrüßt die Idee, dem Landtag einen Livestream des Briefings der Bundesregierung zur Verfügung zu stellen. Sie regt darüber hinaus an, die Idee von mit Hamburg gemein-

sam durchzuführenden Ausschusssitzungen auch für die Vorbereitung von gemeinsamen Veranstaltungen, zum Beispiel zur Europawoche, zu nutzen.

Im Hinblick auf den Livestream unterstützt auch Abg. Poersch diese Idee. Sie interessiert, was vonseiten des Landtags dazu erforderlich sei, dies umzusetzen.

Abg. Andresen interessiert, ob die Europa-Union eine Zusammenarbeit mit amnesty international in Erwägung ziehe und wie der geplante Europacampus der Universität Flensburg vonseiten der Europa-Union bewertet werde.

Herr Döring unterstreicht, dass man eine Europauniversität vonseiten der Europa-Union selbstverständlich begrüße. Vorschläge für eine Europauniversität seien jedoch für die Europa-Union nicht möglich. Für detaillierte Anregungen sei seine Organisation nicht der richtige Ansprechpartner.

Zum Thema Europauniversität unterstreicht Herr Müller, dass sich auch die Europaschulen mit dem Thema beschäftigten. Er selbst sei beim Bundesnetzwerk Europaschulen aktiv, wo dieser Aspekt diskutiert werde.

Der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Dr. Klug, begrüßt die Idee, im Landtag einen Livestream wie in der angesprochenen Art und Weise zur Verfügung zu stellen. Im Hinblick auf das Planspiel sagt Abg. Dr. Klug zu, den vorgelegten Vorschlag prüfen zu lassen und sich mit dem Verein der Europaschulen in Verbindung zu setzen. Grundsätzlich sei der Ausschuss daran interessiert, gemeinsame Veranstaltungen durchzuführen. Er begrüßt den Vorschlag von Herrn Döring, dass Landtagsabgeordnete beim Kongress der Europa-Unionen in Schleswig-Holstein das Land Schleswig-Holstein repräsentieren sollten.

Herr Döring weist im Zusammenhang mit den Planungen des Planspiels hin, dass man selbst auch in ähnlicher Weise Dinge mit den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) vorbereitet habe. Dabei gehe es darum, die Arbeit des Europaparlaments zu simulieren. Dies werde auch vom Europaparlament unterstützt. Er regt an, ein entsprechendes Vorgehen für das kommende Jahr ins Auge zu fassen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die Beschlüsse des EU-Finanzgipfels vom 7. Februar 2013 (Sondergipfel zum EU-Haushalt 2014-2020) und Auswirkungen auf Schleswig-Holstein

Antrag des Abg. Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
[Umdruck 18/844](#)

Herr Augustin, Leiter der Abteilung Europa-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa, trägt die Schwerpunkte der Beschlüsse des EU-Finanzgipfels vom 7. Februar 2013 und deren Auswirkungen auf Schleswig-Holstein vor (s. Anlage 1).

Abg. Damerow unterstreicht, dass nach den Ausführungen von Herrn Augustin klar sei, dass man das Thema erneut werden beraten müssen. Sie begrüßt, die Einzelheiten schriftlich übermittelt zu bekommen.

Auf eine Frage des Abg. Voß zur Reduzierung der ELER-Mittel, der INTERREG-Mittel und der Mittel für Programme wie Connecting Europe führt Herr Augustin aus, dass bereits 2005 ein ähnliches Szenario geherrscht habe. Man hoffe aber, dass die anvisierten 8,95 Milliarden € gehalten werden könnten und Schleswig-Holstein insofern keine Einbußen hinnehmen müsse. Im Bereich der Connecting Europe Facility habe es ebenfalls Streichungen gegeben, aber bisher gebe es noch keine Zahlen, was das für Schleswig-Holstein bedeuten werde. Auch in dem Bereich der ELER-Mittel gebe es noch keine Erkenntnisse über die zukünftige Verteilung. Klar sei, dass die Direktzahlungen zugunsten moderner Politiken wie Bildung und Forschung gekürzt würden.

Im Hinblick auf die von Abg. Voß angesprochene Beschäftigungsinitiative führt Herr Augustin aus, dass die dort veranschlagten 6 Milliarden € eine Reaktion auf die schwierige Situation in den südeuropäischen Ländern sei. Von diesem Geld komme Deutschland nichts zugute, allerdings sehe man mittlerweile auch in Deutschland, dass es ein europäisches Problem sei, Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Darüber hinaus hätten alle europäischen Länder insgesamt 50 verschiedene kleinere Beträge bekommen, wie zum Beispiel die ehemaligen Konvergenzregionen. Dies sei Teil des gesamten Verhandlungspakets, das wahrscheinlich nicht mehr aufgeschnürt werde.

Abg. Voß interessiert, ob die von der Bundesrepublik durchgesetzte Förderung der neuen Länder in Höhe von 3 Milliarden € die als Phasing-out-Mittel nach dem Auslaufen der Regionalfördermittel gezahlt würden, Auswirkungen auf Schleswig-Holstein haben könnten, da die neuen Bundesländer damit in der Lage seien, Wirtschaftsförderung zu betreiben, im Gegensatz zu Schleswig-Holstein.

Herr Augustin erläutert, dass dazu noch keine aktuellen Zahlen vorlägen. Es gebe nur Berechnungen aufgrund der bis jetzt vorliegenden Zahlen. Die Verteilung erfolge durch die Wirtschaftsministerkonferenz, der Schlüssel liege bereits fest, nun komme es nur noch auf die Summe des zu verteilenden Geldes an. Die genauen Auswirkungen könnten erst abgeschätzt werden, wenn es konkrete aktuelle Zahlen gebe. Dazu werde er gern auch in einer der nächsten Sitzungen des Europaausschusses berichten beziehungsweise dem Ausschuss aktuelles Zahlenmaterial zur Verfügung stellen.

Auf eine Frage des Abg. Weber im Hinblick auf die inhaltliche Ausgestaltung von Kriterien zur Förderfähigkeit, die besonders für die Kommunen interessant seien, führt Herr Augustin aus, dass diese in den Verordnungen enthalten sein müsse. Die Landesregierung habe viele Anstrengungen unternommen, sicherzustellen, dass die zu fördernden Bereiche konkret in den Verordnungen enthalten seien.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Auswertung des Gesprächs mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments

Abg. Damerow begrüßt, dass ein Gespräch mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus Schleswig-Holstein stattgefunden habe. Wichtig sei, auch zukünftig den engen Kontakt parteiübergreifend zu pflegen. Sie plädiert dafür, zukünftig Themenbereiche in den Fokus zu nehmen, die für alle Beteiligten wichtig seien.

Abg. Pauls spricht sich ebenfalls dafür aus, in Zukunft regelmäßige Gespräche mit den Europaabgeordneten durchzuführen. Eine inhaltliche Vorbereitung auf zuvor festgelegte Tagesordnungspunkte begrüßt sie. Sie regt darüber hinaus an, das Gespräch nicht in der Mittagspause des Landtags stattfinden zu lassen.

Abg. Waldinger-Thiering schließt sich dieser Auffassung an und plädiert dafür, mindestens einmal pro Jahr eine Informationsreise nach Brüssel durchzuführen.

Auch Abg. Beer regt an, über Parlamentsgrenzen hinweg stärker zu kooperieren.

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Dr. Klug, spricht sich ebenfalls dafür aus, zukünftig das Gespräch zu einem günstigeren Termin stattfinden zu lassen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

a) Trinkwasser darf nicht zum Spekulationsobjekt werden - Wasserversorgung in öffentlicher Hand sichern!

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/492](#)

b) Liberalisierung und Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung verhindern!

Antrag der Fraktion PIRATEN

[Drucksache 18/509](#)

(gemäß Artikel 17 Abs. 2 Satz 2 LV und § 14 Abs. 1 Satz 2 GeschO im Wege der Selbstbefassung)

Abg. Poersch regt an, zu dem Thema ein Gespräch mit den kommunalen Wasserversorgern VKU und VSHEW zu führen. Möglicherweise könne man auf diese Art zu einem gemeinsamen interfraktionellen Antrag kommen. - Eine mit dem Innen- und Rechtsausschuss gemeinsam durchzuführende Sitzung begrüßt auch Abg. Beer. - Auch Abg. Damerow schließt sich dem Verfahrensvorschlag an.

Der Ausschuss kommt überein, die Vertreter der genannten kommunalen Wasserversorgungsunternehmen in die kommende Europaausschusssitzung einzuladen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2013

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/478](#)

(überwiesen am 22. Februar 2013 an den **Europaausschuss** und alle weiteren Ausschüsse des Landtages)

- Verfahrensfragen-

Abg. Poersch regt an, dass der federführende Europaausschuss auf die Voten der mitberatenden Ausschüsse warten und das Thema dann erneut beraten solle.

Abg. Damerow stellt den Antrag, das Thema erneut in der Aprilsitzung des Ausschusses auf die Tagesordnung zu nehmen. - Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

[Umdruck 18/856](#)

Abg. Wiegard weist auf den Beschluss Bayerns hin, sich im Zusammenhang mit dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe für eine Subsidiaritätsverletzung auszusprechen. Schleswig-Holstein sei jedoch aufgrund seiner Größe und den Vorgaben im Hinblick auf die Höchstabstände zwischen bestimmten Tankstellenarten nicht stark betroffen. - Abg. Voß schließt sich dieser Auffassung an.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Prüfung der Wahrung der Subsidiarität, [Umdruck 18/856](#), abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bundesratsangelegenheiten

[Umdruck 18/832](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zu Bundesratsangelegenheiten ebenfalls abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Poersch weist auf das mit dem Landtagspräsidenten geführte Gespräch zum Kieler-Woche-Gespräch und zu weiteren Planungen dazu hin. Sie kündigt an, das Thema weiter zu verfolgen.

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Dr. Klug, schließt die Sitzung um 12:05 Uhr.

gez. Dr. Ekkehard Abg. Dr. Klug
Stellv. Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer